

VON MICHAEL PFISTER  
UND SALVATORE VINCI (BILDER)

## DIE GESCHICHTE DER POLITICAL CORRECTNESS

Wie es zu Denkverboten, Sprachkosmetik  
und Gesinnungsterror kam:  
eine kleine Geschichte der Wort- und  
Weltverbesserung.



Universität Zürich-Irchel, Mai 1991: Der Hörsaal ist zum Bersten voll. Auf Einladung des Zoologischen Seminars soll Peter Singer, ein australischer Philosophieprofessor und Spezialist für Bio-Ethik, einen Vortrag über «Animal Rights» halten. Doch weder die Tiere noch die Zoologiestudenten kommen zu ihrem Recht: Ein grosser Teil der Anwesenden beginnt rhythmisch zu klatschen und den Slogan «Singer raus!» zu skandieren. Auf Transparenten wird gegen die «Pseudophilosophie» des Gastdozenten protestiert; eine behinderte Frau im Rollstuhl hält eine Brandrede und überreicht dem Referenten ein Beil mit «Lizenz zur eigenhändigen Tötung Behinderter». Der Grund für solche Militanz: Singers angewandte Ethik richtet sich gegen das, was er «Speziesismus» nennt – die Bevorzugung des Menschen auf Kosten anderer Tierarten. Auf der Grundlage seines Begriffs von «Person», den er mit der Fähigkeit zu Selbstbewusstsein und vernünftiger Reflexion verknüpft, plädiert Singer für Vegetarismus, kritisiert schmerzhaft Experimente mit Affen und vertritt die Ansicht, die Tötung eines Schimpansen «erscheine schlimmer als die Tötung eines schwer geistesgestörten Menschen, der keine Person ist». Während Singers Publikationen und Vorträge im romanischen und angelsächsischen Raum auf grosses – oft kritisches – Interesse stossen, wird er in deutschsprachigen Staaten regelmässig als «faschistischer Schreibtischtäter» niedergeschrien. Auch an der Uni Irchel kommt er nicht zu Wort. Bevor ihm einer seiner Gegner die Brille vom Gesicht reisst, kann Singer, dessen Grosseltern im Konzentrationslager starben und dessen Eltern vor den Nazis aus Wien nach Australien flohen, einen einzigen Satz auf den Hellraumprojektor kritzeln: «Das haben die Nazis zu meinen Eltern auch gesagt: Juden raus!»

Berlin, September 1994: Die «tageszeitung» veröffentlicht Auszüge aus einem nicht autorisierten Interview mit Professorin Charlotte Höhn, der Direktorin des deutschen Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Darauf angesprochen, dass seit dem Ende der Nazi-Herrschaft in der Bevölkerungswissenschaft kaum noch von Eugenik und von Unterschieden zwischen Völkern die Rede sei, tritt Höhn in den Fettnapf. Obwohl sie vorsichtshalber vorausschickt, sie wisse, «dass man das heutzutage nicht mehr sagen darf», hält sie es für wissenschaftlich nachweisbar, «dass die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger ist als die anderer». Zuvor hatte die Diskussion um die genetischen Ursachen der Intelligenz rund um das Buch «The Bell Curve» der Psychologen Richard Herrnstein und Charles Murray Wellen geschlagen. In Deutschland war nach Höhns Äusserungen von «Rassehygiene» die Rede, und der SPD-Abgeordnete Freimut Duve nannte sie eine «Erbin Hitlers».

Sagen, was man heutzutage nicht mehr sagen darf. Das Gesetz, das Singer und Höhn übertreten haben, heisst Political Correctness. In den USA ist diese neue Bewegung gegen die Verunglimpfung der Schwachen und Benachteiligten seit dem Ende der Achtzigerjahre im Schwange. Mark Twains «Huckleberry Finn» wird aus den Schulzimmern verbannt, weil das Wort «nigger» darin vorkommt; in Walt-Disney-Trickfilmen dürfen nur noch reiche, weisse Männer als Bösewichte dargestellt werden, weil die dunklen Hyänen aus «The Lion King» rassistisch wirken; ein Schüler weigert sich, das Mikroskop zu benutzen, weil er die «Privatsphäre der Bakterien» nicht stören will. Und immer wieder geht es um die Zügelung der Zunge: An Universitäten werden «speech codes» gegen rassistische Beschimpfungen eingeführt. Professoren werden angefeindet oder gar weggeekelt, weil sie nach wie vor «Indian» statt «Native American» sagen. Der in Harvard lehrende Geschichtswissenschaftler Stephen Thernstrom musste seinen Kurs über die «Bevölkerung Amerikas» absetzen, weil er das Tagebuch eines Südstaatenpflanzers auf die Leseliste setzte, nicht aber entsprechende Zeugnisse aus der Perspektive der Sklaven, die es freilich gar nicht gab. An der Universität von Michigan wurde es Reynolds Farley angekreidet, dass er aus der Autobiografie von Malcolm X eine Stelle vorlas, wo sich der Schwarzenführer selber als Zuhälter bezeichnet.

«Thought Police» – «Gedankenpolizei» – überschrieb das Magazin «Newsweek» zu Weihnachten 1990 eine Titelgeschichte über Political Correctness als «totalitäre» Bedrohung der Meinungsfreiheit durch die «Despoten des 20. Jahrhunderts». Wenig später wurde die Nation von höchster Stelle gewarnt: «Political Correctness ersetzt alte Vorurteile durch neue», monierte Präsident Bush, «was als Kampf für mehr Höflichkeit begann, mündet nun in Konflikt und Zensur. In orwellscher Manier zerstören die Kreuzzüge der Korrektheit die Vielfalt im Namen der Vielfalt.» Diese Vielfalt, den Reichtum einer multikulturellen Welt verschiedener Hautfarben und Lebensstile, wollen die PC-Anhänger gegen die Macht der Mehrheit verteidigen. Political Correctness zielt darauf ab, jene Gruppen von Benachteiligten zu beschützen, die in den westlichen Gesellschaften unter die Räder zu kommen drohen: Angehörige von Rassenminderheiten, Homosexuelle, Behinderte. Um Minderheiten geht es nicht zwangsläufig: Wenn eine Reproduktion von Goyas «Nackter Maja» aus einem Universitätsraum entfernt wird oder wenn eine Kellnerin in der kalifornischen Universitätsstadt Berkeley einen Gast verklagt, der in ihrem Lokal den «Playboy» liest, dann, weil die Würde der Frau auf dem Spiel steht.

Korrekte Zwecke heiligen viele Mittel: politische Regelungen wie Quoten, Verhaltenscodes an Uni-



Darf man Ausländern Ausländer sagen, oder ist das schon diskriminierend?

versitäten, Lehrplanreformen, das Verbot einzelner Wörter, aber auch das brachiale Sprengen von Veranstaltungen. Die bei Peter Singer erfolgreiche Methode kam 1992 in New York bei einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel «Kann ein Liberaler Abtreibungsgegner sein?» zur Anwendung. Die militanten Abtreibungsbefürworterinnen, die das Gespräch von Anfang an sabotierten, trugen Buttons mit der Aufschrift «Fuck Free Speech». Die heilige Kuh Amerikas, das vom legendären First Amendment verbürgte Recht auf freie Meinungsäußerung, wird vom «heiligen Kalb» Political Correctness unverhohlen attackiert. «So etwas wie freie Meinungsäußerung», sagt Stanley Fish, renommierter Professor für Literaturwissenschaft und Jurisprudenz an der Duke University in North Carolina, «gibt es gar nicht, und das ist auch gut so.»

Gesinnungsterror zieht sich als roter Faden durch die Geschichte des Abendlandes. Hermann Lübke, emeritierter Professor für Politische Philosophie an der Universität Zürich, warnt allerdings davor, den «Gesinnungsterror beginnen zu lassen, bevor es überhaupt eine Gesinnung gab». Schon

**Korrekte Zwecke heiligen viele Mittel: politische Regelungen wie Quoten, Lehrplanreformen, Verbot bestimmter Wörter, brachiales Dreinschlagen. Eine amerikanische Kellnerin verklagte gar einen Restaurantgast, weil er den «Playboy» las.**

bei den alten Griechen sieht Lübke den Kern der Political Correctness am Werk und erinnert daran, dass nicht einmal Aristoteles der Auffassung war, man könne mit allen über alles reden: «Man darf nicht jede Behauptung zulassen», heisst es in der «Topik» von Aristoteles, «Leute, die da zweifelnd in Frage stellen: «Soll man die Götter ehren und die Eltern lieben oder nicht?», verdienen Züchtigung.» In diesem Sinne versteht Lübke Political Correctness als «anthropologische Konstante», als Versuch, das Zusammenleben verschiedener Menschen sprachlich zu regeln. «Keine Gesellschaft ist denkbar», so Lübke, «in der die Möglichkeit, sich unmöglich zu machen, gegen null schrumpft.»

Mit dem Beginn der Neuzeit wurde es indessen gefährlicher, sich unmöglich zu machen. Mit der Entdeckung von wissenschaftlichen Wahrheiten, die vom Dogma der Religion abwichen, verschärfen sich die «Züchtigungen». Vor allem astronomische Forschungsergebnisse wurden als Verstösse gegen die religiöse Korrektheit streng geahndet. Wie ein Echo auf die Scheiterhaufen der heiligen Inquisition übernahm nach der Befreiung vom

Aberglauben die Guillotine der Französischen Revolution die Aufgabe, das geistige Reinheitsgebot durchzusetzen. Robespierre, Saint-Just & Co., die politischen Vollstrecker des «philosophischen Jahrhunderts», waren sich bei ihrer radikalen Welterneuerung der Macht der Sprache bewusst. Kalender, Strassenamen und Ortschaften wurden umbenannt. Weil der verhasste Christengott die Welt in sieben Tagen erschaffen hatte und zu Ehren des Dezimalsystems wurde die Zehntageweche eingeführt. Auf den Spielkarten gab es keine Könige mehr. Und im Herbst 1793 wurde für ein Dreivierteljahr auch die Landkarte Frankreichs bereinigt: Aus Bordeaux wurde «Franklin», aus Bourg-la-Reine «Bourg-l'Egalité» und aus Grenoble («noble» = adlig) machte man «Grelibre» («libre» = frei).

Die sprachlichen Eingriffe der Jakobiner sind Vorreiter der manchmal ins Grotteske überspannten Neuschöpfungen der heutigen Political Correctness, die aus der «Putzfrau» eine «Raumpflegerin», aus dem «Zuchthäusler» einen «Kunden des Korrektursystems» macht. Nicht ganz ernst gemeint sind wohl die antisexistischen Vorschläge, aus «History» («his story» = seine Geschichte) «Herstory» («her story» = ihre Geschichte) und aus dem spermalastigen «Seminar» das eizellenfreundliche «Ovular» zu machen.

Doch in solchen Blüten erschöpfen sich die Denkverbote der Geschichte nicht. Die rigorosen Sprachregelungen der totalitären Grosssysteme des 20. Jahrhunderts spiegelten sich in den klassischen Antiutopien von Aldous Huxley («Schöne neue Welt») und George Orwell («1984»). Orwells «Newspeak», das Idiom des Grossen Bruders, beschränkt sich nicht auf die Wahl systemkonformer Ausdrücke, sondern dehnt sich aus auf den Bereich der Mimik und des Denkens selber: Mit den Neusprechvokabeln «Gesichtsverbrechen» und «Gedankenverbrechen» werden schwere Verfehlungen bezeichnet. Sie hindern den Staatsbürger aus «1984» daran, die Fähigkeit des «Zwiedenkens» zu erlangen, das heisst auf logische Wahrheiten zu Gunsten eines politischen Programms zu verzichten. Orwell münzte seine Schreckensvision auf den Moloch des Stalinismus, und als «stalinistische» Bedrohung wird heute in den USA auch die Political Correctness angeprangert. Im Gedenken an den Kommunistenjäger Joseph McCarthy, der als US-Senator in den Fünfzigerjahren den Kalten Krieg in die Innenpolitik verlagerte und mit Spionen, Denunzianten und Untersuchungskommissionen viele Prominente aus Politik und Kultur einer Gesinnungsprüfung unterzog, wird die PC auch mit dem Etikett «linker McCarthyismus» versehen.

«Der Begriff Political Correctness wurde geboren, als der Kommunismus zusammenbrach», schreibt die Schriftstellerin Doris Lessing in der



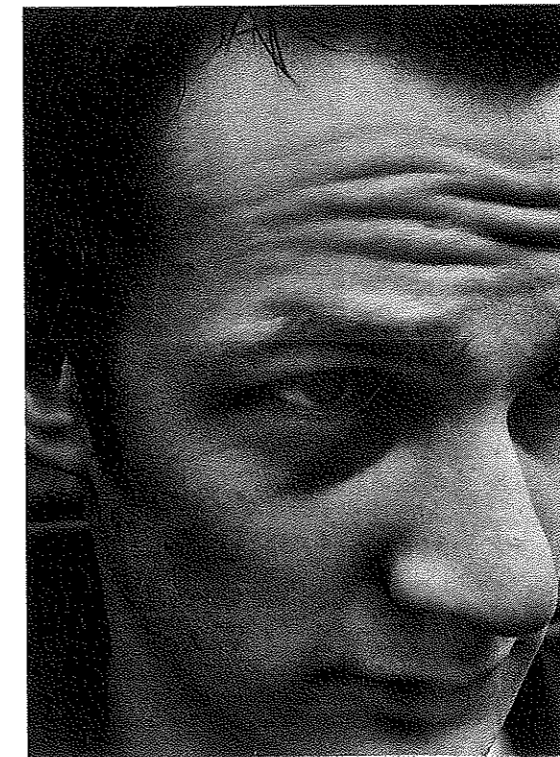
Knackpunkt Multikulturalismus:  
Durch sprachliche Desinfizierung soll das Zusammen-  
leben harmonisch gestaltet werden.

DAS MAGAZIN 39(99)

DAS MAGAZIN 39(99)



«Herald Tribune» und setzt hinzu: «Ich glaube, das war kein Zufall.» Ist Political Correctness der Name für den als Zombie weiterspukenden real existierenden Sozialismus? Ein fader Ersatz für das zerbröckelte kommunistische Grossprojekt? Eines scheint klar: Die überraschenden Ereignisse von 1989 und 1990 konfrontierten die an das ideologische Duell der Grossmächte gewöhnte westliche Welt mit einem Vakuum. Der grosse Medienboom



von PC fällt just in jene Jahre, in denen Amerika fieberhaft nach neuen Feindbildern suchte: auf Kolumbiens Kokainplantagen, im Öl-Golf von Persien und eben – in der politisch korrekten Kritik an den staatstragenden Werten der Tradition. Für John K. Wilson, Soziologe an der Universität Chicago, ist Political Correctness «weniger eine tatsächlich existierende Bewegung als ein Mythos, der von den Gegnern mit Hilfe haarsträubender Anekdoten konstruiert und propagiert wurde».

Ein Blick auf die Vorgeschichte des PC-Begriffs erweist ihn tatsächlich als kommunistische Schöpfung. Amerikanische Linke der Dreissigerjahre brauchten «Political Correctness» zur Bezeichnung der Ideallinie, vielleicht als Gegenstück zum «falschen Bewusstsein». Noch in den Siebzigerjahren kursierte der Ausdruck in linken Organisationen, allerdings mit einer ironischen Note. Etwa hätte eine Frauenrechtlerin zur anderen sagen können: «Ich weiss zwar, dass es für eine Feministin nicht gerade politisch korrekt ist, sich von einem Mann in ein teures Restaurant einladen zu lassen, aber manchmal tue ich es trotzdem gern.»

Ob Stalinismus oder McCarthy, ob Nationalsozialismus oder der Grosse Bruder: In der Geschichte der abendländischen Moderne war die Gedankenpolizei stets ein Organ der Macht. Die Jakobiner übten ihre Schreckensherrschaft zwar im Namen der vom Ancien Régime Unterdrückten und Entrechteten aus, aber natürlich erst, als sie selber regierten. So überbot die Guillotine die Bastille, und die Revolution frass ihre eigenen Kinder. Neu an der Political Correctness unserer Zeit ist, dass es sich um einen Gesinnungsterror von unten handelt. Mit ihrem Kampf für die schwachen Minderheiten ist PC eine Art Robin Hood der Ideengeschichte. Einige ihrer Aspekte schliessen unmittelbar an politische Errungenschaften der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der Sechzigerjahre an, so etwa die so genannte Affirmative Action, die an den Universitäten mit Hilfe von Quoten und gelockerten Prüfungsanforderungen für Nichtweisse die Aufnahmebedingungen für Rassenminderheiten erleichtert. Mit der Rechtfertigung, finanzielle Not und schlechtere Grundschulen in Schwarzenvierteln auszugleichen, wird das amerikanische Leistungsprinzip durch eine Art umgekehrte Diskriminierung ausgehebelt. Die Forderung der Bürgerrechtsbewegung nach Chancengleichheit verwandelt sich in den Ruf nach «Gleichheit des Resultats».

Eine Wiedergutmachung an den Opfern der Vergangenheit auf einer breiteren Basis bezweckt die politisch korrekte Verabschiedung der westlichen Kultur. Der Kampf um Lehrpläne und Leselisten ist ein Kampf gegen die DWEM, die «Dead White European Males» von Homer und Plato über

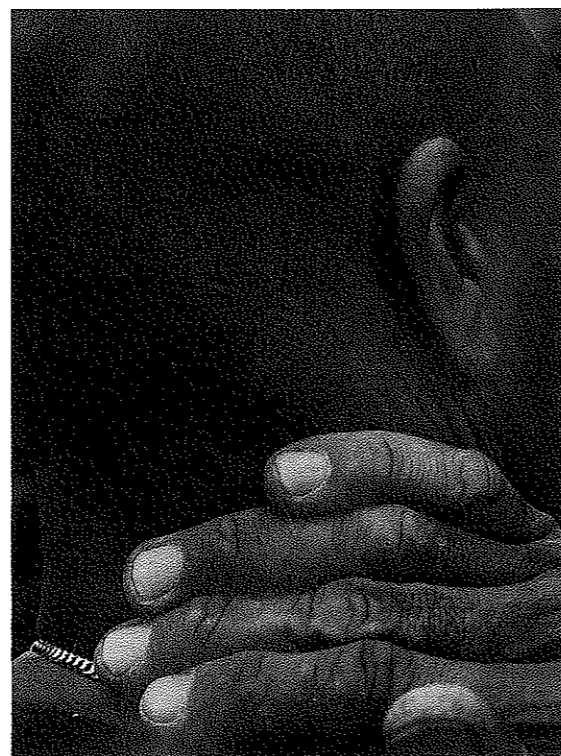
Shakespeare und Descartes bis zu Darwin. Nicht immer nur die Sieger, sondern auch einmal die Verlierer der Geschichte sollen ins Bewusstsein dringen, etwa die antikolonialistischen Arbeiten des schwarzen Psychiaters Frantz Fanon oder die Autobiografie der guatemaltekischen Bäuerin und Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú. Einen symbolträchtigen Höhepunkt erreichte der Aufstand gegen den Eurozentrismus 1988, als Studenten an der Universität Stanford skandierten: «Hey, hey, ho, ho, Western Culture has got to go.» Der Schlachtruf galt freilich nicht der «westlichen Kultur» schlechthin, sondern nur einem Kurs dieses Titels, der durch das pluralistischere «Cultures, Ideas, Values» ersetzt wurde. Nichtsdestoweniger raunte Literaturnobelpreisträger Saul Bellow launig: «Wenn die Zulus einen James Joyce hätten, würden wir ihn lesen.»

Abgesehen von der Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten, kann sich das Engagement für die Schwachen als kontraproduktiv erweisen. Wenn ethnische Minderheiten die grossen Werke der abendländischen Geistesgeschichte nicht mehr vermittelt bekommen, entgeht ihnen auch ein Instrumentarium zur Kritik an den westlichen Werten. Sonderbehandlungen können gönnerhaft wirken: Affirmative Action führte zu einer Stigmatisierung schwarzer Studenten – bald galt jeder farbige Kommilitone als Profiteur des Systems, der es sonst gar nicht geschafft hätte. Der friedlichen Koexistenz der Hautfarben auf dem Campus war das ebenso wenig zuträglich wie die rassistischen Racheaktionen von gescheiterten Weissen. Oft genug bleibt PC auch in gut gemeinten, aber wirkungslosen Beschönigungen hängen – ein «linguistisches Lourdes», wie der «Time»-Journalist Robert Hughes giftelt. Der Behinderte ist ein «Andersbegabter», die Hässliche eine «kosmetisch Abweichende» und der Glatzenträger ein «Haarbenachteiligter». Wiederum bemühen wir George Orwell: «Wenn das Böse mit schönen Worten zugedeckt wird, verschwindet es nicht.» Oder den vielleicht politisch unkorrektesten Philosophen vom Stamm der im PC-Jargon als PPPP («pale patriarchal penis people») Geächteten – den Marquis de Sade, bei dem wir lesen, die Philosophie sei «nicht die Kunst, Zärtlinge zu trösten». Sade hält es für mangelnde Menschenliebe, den Menschen «wesentliche Wahrheiten verwehren zu wollen»; indem er seine Lüstlinge die zynischen Geheimnisse der Macht ausplaudern lässt, nützt er den Opfern mehr als das politisch korrekte Verschweigen ihrer Unterdrückung. Es kommt vor, dass die Schwachen der Bevormundung durch die korrekte «Opferhilfe» einen Strich durch die Rechnung machen, indem sie die Wirklichkeit weiterhin und erst recht beim Namen nennen. Wenn Afroamerikaner sel-



ber wieder als «niggers» auftreten und wenn Rap-Musiker unter dem Namen «Niggaz with Attitude» Furore machen, beharren sie auf der Wahrheit, dass man jemanden durchaus als Neger behandeln kann, ohne ihn als Neger zu bezeichnen.

Sind die Menschen im Zeitalter der Political Correctness zu schwach geworden, um die Wahrheit auszuhalten? Die Euphemismen der alten Griechen gründeten noch in der Furcht vor den Göt-



tern. Indem man die furchtbaren Rachegöttinnen «Eumeniden» (die «Wohlmeinenden») nannte, tabuisierte man die Macht. Political Correctness dagegen tabuisiert das Opfer. 1992 erschien Charles Sykes, «A Nation of Victims. The Decay of the American Character», 1993 Robert Hughes, «Culture of Complaint». Die Kultur des Gejammers veranschlagt, Hughes zufolge, Mitleid höher als Gerechtigkeit, so dass in einer «Kultur der Therapeutik nur das Opfer Held sein darf». Aus der Perspektive Nietzsches kann man Political Correctness als logische Fortsetzung der christlichen «Sclavenmoral» und der «Vergutmütigung des demokratischen Herdentiers» lesen. Regelmässig werden die Opferschutzmassnahmen der Political Correctness missbraucht: In den USA verwüstete eine schwarze Studentin ihr Zimmer und erfand einen rassistischen Überfall, um davon abzulenken, dass sie bei einer Chemieprüfung beim Mogeln erwischt worden war; in Deutschland erregte der Fall einer jungen Rollstuhlfahrerin Aufsehen, die sich selber Hakenkreuze in die Haut geschnitten und eine Skinhead-Attacke imaginiert hatte.

**Das demokratische Gleichheitsgebot züchtet eingebildete Opfer: In Deutschland erregte der Fall einer Rollstuhlfahrerin Aufsehen, die sich selber Hakenkreuze in die Haut geschnitten hatte, um eine Skinhead-Attacke zu simulieren.**

Der Zürcher Psychoanalytiker und Satiriker Peter Schneider kritisiert am Opferkult der Political Correctness die eigenbrötlerisch-wehleidige Tendenz, den normalen Zumutungen des Lebens auszuweichen: «Political Correctness ist die Einlösung des alten 68er-Slogans, dass das Private politisch sei. Sie ist gewissermassen die politisierte Form der privaten Höflichkeit. Während aber die konventionelle Höflichkeit der Tatsache Rechnung trug, dass der andere für mich und ich für den anderen ohnehin immer eine Zumutung darstellte, ist der PC dieses Faktum an sich schon eine Zumutung, die sie durch ritualisierte Sprachregelungen und Verhaltenskodizes vollständig aus der Welt schaffen möchte. Ein Objekt für einen anderen zu sein, ist für den politisch Korrekten schon fast so schlimm, wie «Neger» genannt zu werden. Political Correctness nährt die Illusion, dass es menschliche Beziehungen ohne Übergriffe geben könne.» Der Multikulturalismus, ein zentraler Programmpunkt von PC, lässt sich in diesem Sinne als Versuch verstehen, das Verhältnis zum anderen harmonisch zu regeln. Bedingungslose Verherrlichung des ande-

ren lindert gleichermaßen das schlechte Gewissen der Privilegierten und die in Zeiten intensiver Migration wachsende Angst vor dem Fremden.

Die Aufwertung des schwachen anderen nimmt zuweilen abenteuerliche Züge an. Wie die groteske Kehrseite des herkömmlichen Rassismus wirkt die Back-to-Africa-Nostalgie von Leonard Jeffries, dem ehemaligen Leiter der Abteilung für Black Studies am New Yorker City College: Vor 1500 Jahren sollen die Tansanier schon mit Hilfe der Halbleitertechnologie Stahl geschmolzen haben, die Rasse der «sun people» (wie Jeffries die Schwarzen nennt) sei auf Grund des höheren Melaningehalts der Haut intelligenter und gesünder als alle anderen, und – Kleopatra war schwarz, ebenso wie die Sphinx von Gizeh, deren afrikanische Nase die Europäer aus Rassismus abgebrochen haben.

Der slowenische Philosoph und Psychoanalytiker Slavoj Žižek will den Multikulturalismus von links kritisieren und spricht gar von einer «Solidarität» zwischen Fundamentalismus und Multikulturalismus: «Ein Multikulturalist kann ohne Schwierigkeiten selbst die fundamentalistischste, ethnische Identität attraktiv finden, insoweit sie nämlich die Identität des angeblich authentischen anderen ist.» Auffallenderweise aber toleriert der Multikulturalismus, wie Žižek in seinem kürzlich erschienenen Essay «Ein Plädoyer für die Intoleranz» ausführt, stets nur die abstrakte, «aseptische» Seite des anderen, die faszinierenden, vormoderne Riten, schreckt aber vor dem «realen anderen» (zum Beispiel der aufs Heftigste diskutierten afrikanischen und islamischen Klitorisbeschneidung) zurück. In Žižek Augen ist der Multikulturalismus daher ein «Rassismus, der Abstand hält», der aber nichtsdestoweniger die eigene (westliche) Überlegenheit behauptet, indem er die anderen Kulturen bewertet.

So obsolet und humorlos die Political Correctness mit ihren totalitären oder lächerlichen Auswüchsen auch sein mag – wer hat sich nicht schon dabei ertappt, sich politisch korrekt zu verhalten? Wurde in der Schweiz das Anti-Rassismus-Gesetz 1994 nicht auch dank den Stimmen derer angenommen, die ihr Bekenntnis zum Recht auf freie Meinungsäusserung zu Gunsten einer pragmatischen Massnahme gegen stumpfsinnigen Rassenhass relativierten? Es könnte sinnvoll sein, zwischen einer «Hardcore-PC» und einem nützlichen Kern des politisch korrekten Engagements zu differenzieren. Den Einwänden der Gegner des Anti-Rassismus-Gesetzes, die auf die bisher geltenden Rechtsbestimmungen vertrauen wollten, widerspricht Marcel A. Niggli, Kriminologe und Professor für Strafrecht an der Universität Freiburg: «Der Ehrverletzungsparagraph reicht im Kampf gegen den Rassismus nicht aus, weil vor der Ein-

führung der Vorlage nur Beleidigungen von Einzelpersonen, nicht aber von Gruppen geahndet werden.»

Vorsicht ist eine Schweizer Tugend quer durch die politischen Lager. Dass die amerikanische Leuchtraketenvariante der Political Correctness nicht auf die Schweiz übergegriffen hat, liegt nicht zuletzt daran, dass es für linke Schweizer «PolitikerInnen» eher ungewohnt ist, amerikanisches Knowhow zu importieren. Dazu kommt, dass man im alten Europa die amerikanische Gegenoffensive auf das grelle Gebaren der Political Correctness verfolgt hat. Man kennt die Schreckgeschichten aus den USA und ist sich der Gefahr bewusst, sich durch das Label «PC» ins moralinsaure Abseits zu manövrieren. Also unterliegt auch PC der obligaten Helvetisierung und beschränkt sich auf Einzelaspekte wie die Effizienz der Frauenquoten (etwa in der SP) und die geschlechtsneutralen Formulierungen in Gesetzestexten und einem Teil der Medien. «Immer dann wird etwas als politisch korrekt desavouiert, wenn man nicht akzeptieren will, dass man mit Sprache diskriminiert», sagt die Aargauer SP-Nationalrätin Doris Stump, die am Medienbildungszentrum in Kastanienbaum einen Kurs «Für eine nicht diskriminierende Sprache» durchführt. Ihre Zürcher Fraktionskollegin Vreni Müller-Hemmi doppelt nach: «Politik läuft immer über Sprache. Politische Errungenschaften wie die im Gesetz verankerte Gleichstellung von Mann und Frau sollen deshalb zu Sprachveränderungen führen.» Symbolpolitik steht hoch im Kurs, und Vreni Müller-Hemmi möchte, dass sich die Linke Grundbegriffe wie «Volk» von der SVP zurückerobert, statt sich immer nüchtern an die «Bevölkerung» zu wenden. Auch der lang verpönte «Patriotismus» feiert ein linkes Revival, wenn Müller-Hemmi Bundesrätin Metzler eine Rotkreuz-Flagge überreicht und sich zu einem «Rotkreuz-Patriotismus» bekennt.

Weltverbesserer als Wortverbesserer. Dass man sich an den politisch korrekten Versuch, das Bewusstsein durch Sprache zu verändern, gewöhnen konnte, noch bevor es die Political Correctness überhaupt gab, sieht jeder ein, der statt «Neger» «Schwarzer» sagt. In den USA ist die Sache allerdings nicht so einfach. Die «Dallas Morning News» musste sich entschuldigen, weil sie den Umgang eines schwarzen Küchenchefs mit Gewürzen als «niggardly» kritisierte, was «knauserig» bedeutet, aus dem Norwegischen stammt und etymologisch nichts mit «nigger» zu tun hat. Doch nicht nur «nigger», sondern auch «negro», «black» und «colored» sind in Misskredit geraten, und nun hat auch «Afro-American» seine Schuldigkeit getan – als akzeptabel gelten «people of color» und «African American». Frauen wollen übrigens nicht mehr länger

Männer in sich bergen, sondern «womyn» statt «women» genannt werden. Ein findiger Kopf hat die Alternative «vaginal American» vorgeschlagen.

Sprachliche Sensibilisierung mündet zwangsläufig in jene «permanente Revolution», die jedem kritischen Denken wohl ansteht, die aber auch deutlich macht, wie willkürlich jede politische Position ist. Erhob sich Mitte der Achtzigerjahre in den deutschen Feuilletons noch ein Entrüstungssturm, als Ernst Nolte den so genannten «Historikerstreit» auslöste, indem er die Verbrechen der Nazis mit denjenigen des Bolschewismus oder der CIA in Nicaragua verglich. Heute scheint der deutsche Weltrekord in der Sparte Grossverbrechen nicht mehr unantastbar. Seit Saddam Hussein und Slobodan Milosevic hat Adolf Hitler den Nimbus der Einzigartigkeit eingebüsst – im «Tages-Anzeiger» liest man ganz selbstverständlich von der Notwendigkeit, Serbien zu «entnazifizieren».

Vielleicht wird es eines Tages nicht mehr politisch korrekt sein, jemanden «politisch korrekt» zu nennen. Vielleicht ist das auch heute schon der Fall. Uneingeschränkt positive Bewertungen von PC sind jedenfalls selten. Auch in der Schweiz ist Political Correctness oft ein Schimpfwort der politischen Gegenseite, welche die «Linken und Netten» ins Visier nimmt. Diese Konstellation bewegt Sigi Feigel, den Ehrenpräsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Zürich und geschäftsführenden Vizepräsidenten der Gesellschaft «Minderheiten in der Schweiz», zu einem klaren Bekenntnis zur Nützlichkeit von PC: «Ich halte die Political Correctness für eine der wichtigsten Grundlagen der Demokratie, und ich bedaure es ausserordentlich, dass besonders von einer Seite bewusst und ohne Rücksicht auf Verluste eine Political Incorrectness in die politische Arena eingeführt wird, die das Zusammenleben der Parteien gefährdet, weil sie aus politischen Gegnern persönliche Feinde macht.»

Natürlich empfindet sich der Stolz auf Inkorrektheit selber als korrekt. Es kann politisch korrekt sein, die heldenhafte Vergangenheit der Nation gegen Kritik in Schutz zu nehmen. «Gutmenschen gibt es auch bei den Rechten», sagt Daniel Vischer, Zürcher Kantonsrat der Grünen Partei, «sowohl die SP als auch die SVP sind politisch korrekt. Für die einen besteht Korrektheit in Weltoffenheit, für die anderen in konservativem Patriotismus.» Das einzige gute Haar, das Vischer an PC lassen mag, ist die rein formale Quotenregelung. Ansonsten aber setzt er der moralisierenden Behäbigkeit universeller Werte eine «postmoderne» Politik entgegen: «Das hat nichts mit Beliebigkeit zu tun, sondern meint einen sinnvollen Relativismus gegenüber vorgefassten Wahrheiten.»

Dass sie sich als «Politik des kurzen Prozesses» gebärdet, hält der Philosoph Hermann Lübbe für

den problematischen Aspekt der Political Correctness. Die Nähe zum ausser Traktanden gefallenen marxistischen Weltentwurf sieht er vor allem im unbeirrbarsten Anspruch auf Verbesserung der Welt: «Political Correctness ist die Suche nach jenem Punkt, von dem aus sich die Welt kurieren lässt. Sie weiss, wie wirkungsvoll es ist, den Andersdenkenden moralisch zu diffamieren.» Andererseits beurteilt Lübbe die Bewegung als normale Reaktion auf die zunehmend heterogener und liberaler werdende Struktur der modernen Gesellschaft: «Wir haben heute so viel mit anderen zu tun wie nie zuvor. Die Nutzung der modernen Freiheiten führt nicht zu grösserer Annäherung, sondern zu mehr Reibereien. Hochliberale Gesellschaften neigen eher zur Einführung von Correctness.» In Lübbes Augen ist PC also eine «modernitätsspezifische Moralisierung», die Gesinnungskontrolle dient dem Zweck, «die von der Moderne freigesetzte Subjektivität wieder unter Kontrolle zu bringen».

Die soziale Heterogenität der westlichen Staaten und die wachsende Schwierigkeit, mit der Freiheit zurechtzukommen, nennt auch der Strafrechtler

**Aber auch politische Inkorrektheit kann politisch korrekt sein: In ihren Amokläufen gegen die «Linken und Netten» kultiviert die Rechte Schlachtordnungen, die es gar nicht mehr gibt. Die rechten Gutmenschen trauern dem Kollaps des Kommunismus nach.**

Marcel A. Niggli als Wurzeln der Political Correctness: «Die meisten Leute wollen weniger Freiheit, als sie haben.» Niggli stellt im Zivilbereich, vor allem in «moraldurchtränkten Bereichen wie Sexualität», einen wachsenden Einfluss des politisch korrekten Bewusstseins auf die Schweizer Rechtspraxis fest: «Das Recht sitzt nicht im Elfenbeinturm. Die Jurisprudenz spiegelt immer gesellschaftliche Werte. Allerdings wird nicht mit dem Ausdruck Political Correctness argumentiert, sondern man bezieht sich auf das Gleichheitsgebot oder das Diskriminierungsverbot.» Niggli nennt auch einen Grund dafür, dass Political Correctness in europäischen Gerichtssälen weniger zu reden gibt als in Amerika: «Wir haben viel strikter formulierte Gesetze. Das Allgemeine auf den Einzelfall anzuwenden, erlaubt mehr Beweglichkeit als das amerikanische «case law», wo der Richter anhand eines Einzelfalls eine allgemeingültige Regel erstellt, also gleichsam das Gesetz immer neu erfindet.»

Ziehen wir ein Fazit in drei Thesen:

1. Political Correctness hat einen gut gemeinten und sinnvollen Kern, der darin besteht, in ge-

mischten Gesellschaften die Minderheiten vor der Tyrannei der Mehrheit zu schützen. Die Bewegung neigt aber zu grotesken Übertreibungen und zu einer oberlehrerhaften Lust am Verbieten: Die Korrektheit hat sich in sich selbst verliebt.

2. Ist Political Correctness ein Rückzugsgefecht der linken Ideologen? Oder gar ein Zwischenspiel, das die Zeit bis zur Renaissance des kommunistischen Weltentwurfes überbrückt? Gerade der Umstand, dass PC zu einem «normalen» Bestandteil des öffentlichen Diskurses geworden ist, deutet eher darauf hin, dass es sich um eine Reaktion auf den postmodernen Tod der «grossen Erzählungen» von Emanzipation und Gleichheit handelt. Die PC-Scharmützel um einzelne Formulierungen und Vorlesungen oder um die Dekoration von Hörsälen akzeptieren die Zersplitterung der Fronten. Dennoch ist Political Correctness auch ein Ausdruck der Unfähigkeit, die neue Unübersichtlichkeit zu ertragen. Das Beharren auf dem Besitz der allein selig machenden Wahrheit und das Pathos der Weltverbesserung sind Arzneien gegen anarchische Unordnung und störende Lücken. Der politisch korrekte Standpunkt und sein unkorrekter Gegenpol leiden gleichermaßen unter Kontrollwahn und Harmoniesucht. Dem drohenden Einbruch der Unvernunft des Zufalls begegnet man mit pseudorationalen Steuerungsmanövern. Sollte diese Rechnung nicht aufgehen, dann vielleicht weil es wahr ist, was Nina Hagen kürzlich in einer Talkshow zu bedenken gab: «Dies hier ist der Planet der schwer erziehbaren Seelen.»

3. In der neoliberalen Ära, also nach dem «Ende der Geschichte» oder zumindest dem Ende der grossen Utopien, ist das übrig gebliebene System der freien Marktwirtschaft allumfassend und kaum mehr angreifbar. In Gestalt der Political Correctness scheint sich das Politische noch einmal gegen das Ökonomische aufzubauen. Noch einmal werden exklusive Wahrheiten gegeneinander geführt, noch einmal wird die politische Diskussion aufgeladen. Zugleich distanziert sich der gesunde Menschenverstand von den extremen Positionen zu Gunsten eines «juste milieu». «Radikale Mitte» nennt Tony Blair das Programm seiner New-Labour-Partei, und auch in den USA reüssieren Clinton als wirtschaftsfreundlicher Linker und der voraussichtliche republikanische Präsidentschaftskandidat im Wahlkampf 2000, George W. Bush jr., als gemässigter Rechter. Vielleicht ist es gerade diese Mitte, welche einen symbolpolitischen Scheinkampf zwischen Links und Rechts kultiviert. In Zeiten der «radikalen Mitte» ergänzen sich Korrektheit und korrekte Unkorrektheit vorzüglich. ◀

Michael Pfister, De-Sade-Übersetzer und Publizist, schreibt regelmässig fürs «Magazin». Salvatore Vinci lebt als freier Fotograf in London.